Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.50 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 41. | Montag den 18. Februar 1929. | 87. Jahrgang.

Wahlversammlung zur Stadtvorstandswahl.

Nur ein einziger ernsthafter Bewerber.

Neuenbürg, 17. Februar 1929.

Der Auftakt zur Neuwahl des Stadtvorstandes begann heute Sonntag nachmittag mit einer durch den Gemeinderat anberaumten Wählerversammlung, welche die Räume des Gasthofs zum „Bären" vollständig füllte. Den Vorsitz führte der vom Gemeinderat beauftragte älteste Gemeinderat, Oberamtspfleger Kübler, welcher die Erschienenen willkommen hieß. Die Wählerschaft Neuenbürgs sei vor eine Entscheidung von großer Bedeutung gestellt, bedeutsam vor allem deshalb, weil von dieser Entscheidung so viel abhängt für eine gesunde, fortschrittliche, wirtschaftliche und kulturelle Förderung unseres Gemeinwesens im allgemeinen wie auch für die Erhaltung und Stärkung der Lebensmöglichkeiten unserer einzelnen Gemeindeglieder. Von allen Gemeindewahlen habe keine die überwiegende Bedeutung, wie eben die Wahl des Stadtvorstandes, keine habe aber auch so maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in der Gemeinde wie auch in Bezug auf die Wechselbeziehungen zwischen Gemeinde und Gemeindeglieder. Wähler und Wählerinnen hätten deshalb alle Veranlassung, sich ihrer Verantwortung für die Wahlentscheidung bewußt zu bleiben, und ihre Einstellung so zu wählen, wie es dem Wohl unserer Gemeinde am dienlichsten ist. Die Wahl unseres seitherigen Stadtvorstandes, Herrn Stadtschultheiß Knodel, laufe in den nächsten Wochen ab, und eine Neuwahl habe stattzufinden, für die Termin auf nächsten Sonntag anberaumt wurde. Die württ. Gemeindeordnung schreibe periodische Wahlen vor von 10 zu 10 Jahren, im Gegensatz zur Lebenslänglichkeit früherer Wahlen, wo die einmal Gewählten ihren Sitz behalten, bis sie für den Abgang reif waren. Wir sind in Neuenbürg von der Lebenslänglichkeit abgekommen schon bei der letzten Wahl 1919, und die heurige Wahl sei die zweite, die nach den gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen ist. Die Wahlvorbereitungen lagen ausschließlich in der Hand des Gemeinderats; es stand von Anfang an fest, daß der seitherige Stadtvorstand, Herr Stadtschultheiß Knodel, sich für die Neuwahl wieder zur Verfügung stellen werde. Es habe sich gezeigt, daß starke Kräfte vorhanden sind, die für seine Wiederwahl eintreten, es habe sich aber auch gezeigt, daß gegenteilige Meinungen vorhanden sind, und der Gemeinderat habe deshalb, um allen Mitbürgern gerecht zu werden, einen öffentlichen Bewerberaufruf im Staatsanzeiger erlassen, wie dies allgemein üblich ist. Wenn man aber erwartet habe, daß eine größere Zahl von Bewerbern sich melden würde, so sah man sich darin getäuscht; von württembergischen Fachleuten sei nicht einmal eine Anfrage, geschweige denn eine Bewerbung eingelaufen; dagegen kam eine Bewerbung aus Mitteldeutschland von einem Herrn Otto Gerlach in Delitzsch. Die Bewerbung sei etwas kurz gehalten und nicht mit den nötigen Nachweisen belegt, die für eine derartige Bewerbung notwendig gewesen wären, namentlich im Hinblick darauf, daß der Bewerber ihm gänzlich unbekannt sei. Aus dem Bewerbungsschreiben, das der Vorsitzende bekannt gab, war nicht so recht ersichtlich, welchem Stand oder Beruf Herr Gerlach angehört, sicher war nur, daß er kein Fachmann ist, und zu vermuten, daß er, Süddeutscher, 45jährig und verheiratet, in der Wirtschaft tätig ist, energischen aber verträglichen Charakters sei, sich mit einem geringeren Gehalt für den Anfang begnügen würde, bis der Gemeinderat von seinen Leistungen überzeugt sei; nach dem weiteren Inhalt seines Bewerbungsschreibens war der Kandidat recht stark von der Bedeutung seiner Persönlichkeit eingenommen. Er schien aber offenbar nicht auf dem Laufenden zu sein, wie in Württemberg gewählt wird, und der Meinung, daß die Wahl von dem Gemeinderat vollzogen werde und nicht im Wege des allgemeinen Wahlrechts. Es lagen auch weder Zeugnisse noch Referenzen der Bewerbung bei; ein zweimaliger Schriftwechsel mußte stattfinden; auch der Gemeinderat habe sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage befaßt, und man war etwas erstaunt, daß der Bewerber mit einem wesentlich bescheidenen Gehalt zufrieden sein will und am Schlusse bemerkte, jederzeit zur Verfügung zu stehen. Der Gemeinderat habe es deshalb für notwendig gehalten, dem Bewerber den Standpunkt des Gemeinderats in der ganzen Angelegenheit bekannt zu geben, damit er gar keinen Zweifel darüber habe, welchen Standpunkt der Gemeinderat einnehme. Der Vorsitzende gab das Schreiben des Gemeinderats bekannt, das den Mangel irgend welchen genauen Nachweises über die seitherige Tätigkeit des Bewerbers und eines Zeugnisses oder Ausweises über dieselbe erwähnt und u. a. darauf hinweist, daß eine fachmännische Vorbildung und Kenntnis für den Ortsvorsteher einer Stadt wie Neuenbürg ein unbedingtes Erfordernis ist. Darauf sei eine Antwort nicht mehr eingegangen, und er möchte deshalb fragen, ob der Herr in der Versammlung anwesend ist. Der Vorsitzende stellte fest, daß dies nicht der Fall ist, und daß man auf diese Größe verzichten müsse. Es bleibe also nur der einzige Kandidat, unser seitheriger Stadtvorstand, Herr Stadtschultheiß Knodel, der sich sowohl als Stadtpfleger wie als Stadtschultheiß in den letzten Jahren bewährt habe. Es werde wohl nicht nötig sein, daß man von ihm weitere Nachweise verlange über seine persönlichen Verhältnisse, Laufbahn, Eignung als Stadtvorstand usw.; er sei kein unbeschriebenes Blatt Papier, man habe ihn kennen gelernt von allen Seiten, und er glaube, daß man von einer Bekanntgabe des Nachweises absehen könne. Er möchte Herrn Stadtschultheiß Knodel als einzigem Bewerber das Wort geben zu seinen Ausführungen, in denen er die Grundsätze darlegt, von welchen er sich im Falle seiner Neuwahl leiten lassen werde.

Stadtschultheiß Knodel führte nun folgendes aus:

Werte Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Zehn Jahre sind verflossen, seit Ihre Wahl mich zum Stadtvorstand erhoben hat und gesetzl. Vorschrift gemäß habe ich Ihnen nun mein Mandat wieder zur Verfügung zu stellen. Wenn ich heute erneut um Ihr Vertrauen bitte, so geschieht es mit der Ruhe, die das Bewußtsein verleiht, im Krieg und in den hinter uns liegenden schweren Nachkriegsjahren das Mögliche zur Wiederherbeiführung geordneter Zustände, zum Wiederaufbau und zur Wohlfahrt von Reich und Land, der Stadt und ihrer Bewohner beigetragen zu haben. Bei diesem Anlaß möchte ich allen, die mich hiebei mit Rat und Tat unterstützt haben, herzlichsten Dank sagen, vorab meinem verstorbenen Vorgänger, Stadtschultheiß Stirn, den früheren und jetzigen Mitgliedern des Gemeinderats, den Reichs- und Staatsbehörden, den städt. Beamten und Angestellten. Ich stehe jetzt im 52. Lebensjahr, im Uebrigen sind Ihnen meine persönlichen Verhältnisse bekannt und so darf ich gleich übergehen zu einem

Geschäftsbericht über die letzten 10 Jahre.

Als ich am 1. Januar 1919 zunächst als Amtsverweser und am 1. April 1919 als Stadtschultheiß mein Amt übernahm, nachdem ich schon vorher im Jahr 1916 und dann vom September 1917 nach meiner Rückberufung aus dem Felde die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Gemeindebehörde durchzuführen hatte, war es unruhige, gärende Zeit. Die Bande der Ordnung waren gelockert, die Kriegszeit und die Folgen des verlorenen Krieges begannen sich auszuwirken. Die Kriegswirtschaft war abzuwickeln, die Nahrungsmittelschwierigkeiten wurden zunächst nicht geringer, die Inflation begann, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot machten sich fühlbar. Ich will Ihnen dies nicht mehr alles ins Gedächtnis zurückrufen, Sie haben es ja miterlebt. Widrige Verhältnisse bessert man bekanntlich nicht dadurch, daß man die Dinge eben treiben läßt, sondern man muß anfassen. So habe ich meine Aufgabe aufgefaßt. Es traten im Lauf der Jahre eine Fülle von Problemen hervor, die in irgend einer Art gelöst werden mußten. Die Entwicklung der Dinge war während der Kriegsjahre nicht stehen geblieben und nun drängte sich viel zusammen. Im Einzelnen wurde als besonders erwähnenswert auf den verschiedenen Gebieten folgendes ausgeführt:

Ankauf des Kunstmühleanwesens mit der großen Wiese, Ausbau der Wasserkraft und des Mühlegebäudes und dessen Verwertung für einen Industriebetrieb und Einrichtung eines zweiten, noch heute mit der Wasserkraft der Stadt gehörigen Elektrizitätswerks daselbst, Ausbau des Hauptelektrizitätswerks durch Einstellung einer zweiten Turbine mit Dynamo, Ersatz des Regulators zu der älteren Turbine, der Schalttafel, Umbau des Trinkler-Motors zu einem Dieselmotor und schließlich, als sich die Notwendigkeit weiterer Kräfte herausstellte, der Anschluß an den Gemeindeverband Teinach mit den erforderlichen Einrichtungen, wodurch es dem Elektrizitätswerk ermöglicht wurde, allen Anforderungen gerecht zu werden. Damals fragte es sich, ob die zusätzliche Kraft durch Anschaffung eines weiteren Dieselmotors oder durch Anschluß an den Gemeindeverband Teinach beschafft werden sollte. Ich war und bin heute noch der Ansicht, mit dem letzteren das richtige getroffen zu haben, da der Zusammenschluß der Elektrizitätswerke auf dem Wege der künftigen Entwicklung liegt.

Der Grundbesitz der Stadt ist außer durch das Mühleanwesen, durch Ankauf verschiedener Grundstücke in verschiedenen Gewanden gestärkt worden; durch das Bacher'sche Stück auf Markung Arnbach, die dem Friedhof benachbarten Wiesen in der Wildbaderstraße, 2 Reutwiesen, das Finkbeiner'sche Grundstück in der Alten Pforzheimerstraße, (im Tauschweg) durch das Gräfenhauser Waldstück am Reutweg, ferner durch Kauf des Wackenhut'schen Anwesens, die letzteren in Verbindung mit dem Umbau der Alten Pforzheimerstraße, die übrigen als Ersatz für abgegebene Bauflächen (Hummelacker, Schnepf'sches Feld, Maienplatz usw.)

Im Rathaus sind einige Umbauten vorgenommen worden, die die zweckmäßigere Unterbringung der Stadtpflege, des Stadtbauamts, die Schaffung einer Kanzlei für den Ratschreiber zum Ziele hatten und es noch möglich machten, ein Zimmer an die Justizverwaltung zu vermieten. Hier wären auch noch zu nennen: die Schaffung eines Sportplatzes im oberen Tal, der Ausbau der Turnhalle und die Herrichtung der Kriegerdenkmalsanlage, die Erweiterung der Freibadanstalt im Elektrizitätswerkskanal und die Erweiterung der Badeeinrichtung im Schulhaus, die Erstellung der Plakatsäulen.

Der Feuerschutz erfuhr eine wesentliche Verstärkung durch die Weckerlinie und die Einrichtung der Feuermelde- und Alarmanlage sowie durch die mit Opfern ermöglichte Stationierung der Motorspritze in der Oberamtsstadt. In Verbindung damit mußte die Unfallmeldestelle übernommen und der Polizeidienst bei Nacht ausgedehnt werden, wobei dahingestellt sein mag, ob diese Organisation wegen des zunehmenden Verkehrs, namentlich auch bei Nacht nicht bald ohnehin notwendig geworden wäre.

Ein Vertrag mit der Stadt Pforzheim regelt die regelmäßige Kontrolle der eingeführten Lebensmittel durch das städt. Untersuchungsamt Pforzheim.

Um hervorgetretenen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, ist eine Frauenarbeitsschule, eine Gewerbeschule mit hauptamtlicher Lehrkraft eingerichtet, die Realschule bis zur 6. Klasse ausgebaut und an der Mädchenfortbildungsschule der Haushaltungsunterricht eingeführt worden. Die Lernmittelfreiheit an der Volksschule ist durch Landesgesetz bestimmt und nun ganz durchgeführt. Als damals die Frauenarbeitsschule auf dringenden Wunsch der hiesigen Frauen gegründet wurde, war die Sache garnicht so einfach. Die Lokalfrage konnte ja in vorläufiger Weise dank des Entgegenkommens der hiesigen evang. Kirchengemeinde gelöst werden, aber die Lehrerinnenfrage bereitete jahrelang die größten Schwierigkeiten, man mußte in ganz Württemberg und Baden seine Lehrkräfte selbst suchen und es bestand damals ein großer Mangel an Lehrkräften. Die Frauen des Ortsschulrats haben mich stets tatkräftig unterstützt und ich erfülle eine Pflicht, wenn ich ihrer dankend gedenke.

Ebenso danke ich auch den Mitgliedern des Gewerbeortsschulrats für ihre eifrige und fördernde Unterstützung.

Nun, meine lieben Mitbürger, die Wohnungsfürsorge. Die bald nach dem Krieg hervortretende Wohnungsnot zeitigte auch auf diesem Gebiet die sonst so arg in Mißkredit gekommene Zwangswirtschaft. Da die Gemeindebehörde alle die Maßnahmen durchzuführen hatte, stieg deren Ansehen und Beliebtheit bei Hausbesitzern und Mietern bald in ungewohntem Maße nach unten und wenn ich einmal dazu kommen sollte, meine Erinnerungen aus dieser Zeit für spätere Generationen niederzulegen, so wird das sicher abschreckend wirken. Man sah bei der Stadtverwaltung bald ein, daß auf diesem Weg nicht zum Ziel zu kommen sei und begann durch Abgabe von Bauplätzen, Bauholz, Unterstützung der Finanzierung, Beteiligung am Siedlungsverein usw. den privaten Wohnungsbau zu fördern, auch eine Anzahl stadteigener Wohnungen zu erstellen mit dem schließlichen Erfolg, daß nach einigen Jahren das Schlimmste überwunden war und die Zwangswirtschaft aufgehoben werden konnte. Ob die seinerzeitige letzte Wohnungskommission darüber sehr betrübt war, konnte nicht mehr festgestellt werden, da sie sich in der dicken Luft allmählich verzogen und schließlich den Ortsvorsteher allein noch auf dem Kampfplatz zurückgelassen hatte.

Um der ebenfalls als Nachkriegserscheinung hervorgetretenen Arbeitslosigkeit zu steuern, sind mehrfach größere Notstandsarbeiten ausgeführt worden; im Jahr 1919/1920 der Bau der neuen Straße nach Waldrennach, 1926 die Erbreiterung des Sägerwegs nach der Siedlung Ilgenberg, 1927/1928 der Umbau der Alten Pforzheimerstraße mit der Enzkorrektion. Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Arbeiten besteht wohl allseits kein Zweifel, bezüglich dieses letzteren Umbaus wäre allerdings angesichts des Charakters der Straße als fast reiner Durchgangsstraße sehr zu wünschen gewesen, daß sich der Staat weit stärker an den Kosten beteiligt hätte, allein die jetzigen Bestimmungen lassen dies nicht zu. Mit einem Aufschub wäre eine große Verantwortung der Stadt in Bezug auf die Gefährdung von Menschen und Ladungen bei dem früheren Zustand und dem starken Verkehr verbunden gewesen, und wer wollte diese übernehmen? Durch die beiden Straßenbauten — Waldrennacherstraße als Teilstrecke der Verbindung mit Langenbrand und Schömberg und Alte Pforzheimerstraße — sind von der Oberamtsstadt für den Durchgangsverkehr und die Verbindung mit den Bezirksgemeinden rechts und links der Enz sehr erhebliche Opfer gebracht worden, von denen wir hoffen, daß sie auch die entsprechende Anerkennung und Auswirkung finden möchten.

Der zunehmende Autoverkehr und die Entwicklung der Stadt haben noch eine Anzahl Arbeiten an Straßen zur Folge gehabt, so die Erneuerung der großen Schlößlesbrücke mit Erbreiterung des Schlößleswegs und des Sägerwegs beim Armenhaus, die Herstellung des Gehwegs an der Bahnhofstraße, Asphaltbehandlung an der Bahnhofstraße, die Kanalisation der Parzelle Ziegelhütte.

Zur besseren Sicherung und zur Verbilligung der Wasserversorgung sind die beiden Leitungen in der Alten Pforzheimerstraße zusammengeschlossen worden.

Die Ausdehnung und Kompliziertheit der Gemeindesteuergeschäfte hat die Schaffung der Stelle eines Ratschreibers an Stelle einer früheren Assistentenstelle notwendig gemacht. Ferner darf noch angeführt werden die Regelung der aktiven und passiven Aufwertung, die Neufassung der Wasserabgabebestimmungen, der Lokalfeuerlöschordnung, der ortspolizeilichen Vorschriften und die Anpassung der Tarife für elektr. Licht und Kraft nach Eintritt der Festwährung. Leider mußte sich infolge der aus den Kriegs- und Nachkriegsverhältnissen entspringenden Steigerung des Amtsschadens — denken Sie an die Versorgungslasten und die erhöhten Straßenaufwendungen — sowie des Sinkens des Geldwerts und dadurch hervorgerufenen Mehraufwands auf allen Gebieten und durch die neu herangetretenen und gelösten Gemeindeaufgaben trotz äußerster Sparsamkeit die Gemeindeumlage erhöhen, ein Umstand, den wir mit den meisten übrigen Gemeinden teilen. Durch Schuldaufnahmen sind zwar die Lasten auf eine Reihe von Jahren verteilt, aber bei den hohen Zinsen wirkt sich dies dennoch ungünstig aus. Immerhin ist das Gemeindevermögen nicht zurückgegangen und es ist die Finanzwirtschaft in Ordnung geblieben.

Durch meine Mitarbeit im Bezirksrat, in der Amtsversammlung, im Bezirksfürsorgeausschuß und noch einer Anzahl anderer Kommissionen glaube ich dem Allgemeinwohl ebenso gedient zu haben wie als Stadtvorstand sonst.

Die Geschäfte wurden geführt auf der Grundlage vieler Beratungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse und ich darf sagen, daß die Zusammenarbeit stets eine gute war; verschiedene Meinungen kann und wird es immer geben. Es wäre auch garnicht mehr so interessant und zweckdienlich, wenn nicht die Fragen durch Austausch der Meinungen zuvor geklärt würden.

Schließlich darf ich dankbar noch einiger besonderer Ereignisse gedenken: daß es mir vergönnt war, im Jahr 1919 die heimkehrenden Krieger zu begrüßen, daß es dank der Besonnenheit der hiesigen Einwohnerschaft gelungen ist, die unruhigen Zeiten 1919/20 ohne Blutvergießen und ernstliche Störungen zu überwinden und alles wieder in geordnete Verhältnisse hinüberzuleiten. Wenn ich dann noch einer großen Zahl meiner Mitbürger und Mitbürgerinnen Berater in ihren Angelegenheiten werden durfte, so betrachte ich dies als ein besonders wertvolles Bindeglied. Wenn ich dabei auch nicht alle Wünsche erfüllen konnte, so konnte ich doch manchem nützen.

Wenn Sie noch bedenken, daß nebenher die laufenden Geschäfte, Standesamtsangelegenheiten usw. erledigt werden, so werden Sie ungefähr ein Bild bekommen haben, daß die Zeit wohl ausgefüllt war.

Die Einwohnerzahl ist in den 10 Jahren von etwa 2700 auf 2900 gestiegen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Nun werden Sie nach diesem Rückblick in die Vergangenheit auch noch etwas hören wollen, wie ich mich für die Zukunft stelle. Da könnte ich als Ueberschrift setzen:

Maßvoller, aus den Verhältnissen sich ergebender Fortschritt unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Sie kennen mich wohl soweit, daß Sie wissen, daß ich mit Versprechungen sehr vorsichtig bin, Sie wissen aber ebensogut, ob anzunehmen ist, daß ich von heute auf morgen meine ganze Art umstellen könnte oder würde. Als die nächsten Aufgaben der Stadtverwaltung betrachte ich: die Fortsetzung der Straßenteerung vom „Schiff" bis zur Ettergrenze in der Wildbaderstraße, die Beschaffung weiterer Schullokale, die bis zum Jahr 1933 gelöst werden muß. Da ich annehmen darf, daß der breiteren Oeffentlichkeit die Raumnot unserer Schulen noch nicht hinreichend bekannt ist, so darf ich vielleicht anführen, daß an Lokalen fehlen: für die Gewerbeschule: zwei Lehrsäle und ein Lehrmittelzimmer, für die Frauenarbeitsschule: ebenso und ein Lehrerinnenzimmer, für die Volksschule mit allg. Fortbildungsschule für Mädchen: ein Lokal für das 8. Schuljahr, ein Lokal für Handarbeitsunterricht, ein Ausweichlokal mit Lehrmittel, für die Realschule: ein Lokal für die 6. Klasse, ein Physiklokal, ein Lehrmittelraum.

Die baldige Räumung der jetzigen Mietlokale für die Frauenarbeitsschule ist der Wunsch der evang. Kirchengemeinde und dieser Wunsch ist verständlich, wenn man weiß, daß die ihr unterstehende Kleinkinderschule wegen ihrer Ueberfüllung dringend der Verlegung in größere Räume bedarf.

Die Gewerbeschule hat bis jetzt überhaupt kein eigenes Lokal, auch fehlt ihr das gerade für diese Schulart so besonders nötige Lehrmittelzimmer. Auf die Dauer ist auch mit einem Gewerbelehrer nicht auszukommen.

Die Volksschule muß die weiteren Lokale haben, sobald sie wieder von Jahrgängen mit lauter Normalzahlen besucht ist, was vom Jahr 1933 an der Fall ist; ebenso die Realschule. Sobald weitere Lokale für die Gewerbe- und für die Frauenarbeitsschule zur Verfügung stehen, halte ich die Zeit für gekommen, mit den umliegenden Gemeinden, aus denen diese Schulen — zurzeit mit der Mehrzahl — besucht werden, in Verhandlungen wegen Gründung eines Schulverbands einzutreten.

Ich fahre fort mit den zukünftigen Unternehmungen: Sicherung weiteren Wasserbedarfs, namentlich für die Parzelle Ziegelhütte mit natürlichem Druck, wenn sich dies auf vorteilhafte Weise in Verbindung mit einer Gruppenwasserversorgung bewerkstelligen läßt. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Stadt in ihrer Verteidigungsstellung gegen die Wasserableitung nach Stuttgart aus den allgemein bekannten Gründen beharrt. Der Eisgang der letzten Tage hat gezeigt, daß wenn die Ableitung von etwa 750 Sekundenliter erfolgen würde, nicht mehr genügend Wasser zur Verfügung stehen würde, um die Eismassen in Jahrgängen wie heuer abzuführen und daß hiedurch eine große Gefahr für die Stadt entstünde, wie sich am letzten Freitag abend gezeigt hat.

Was die Beseitigung des schienengleichen Uebergangs beim Stadtbahnhof anlangt, der früher oder später kommen muß, so sind die andauernden Versuche der Staatsstraßenbauverwaltung, die Last der Stadtgemeinde zuzuschieben, abzuwehren.

Erstrebenswert erscheint mir die Versorgung mit Gas, doch muß die Lieferung zu einem Preis erfolgen können, daß es sowohl für Haushaltungs- als auch für Industriezwecke verwertbar ist. Jede Möglichkeit, weitere Industrieniederlassungen hereinzubekommen, muß ausgenützt werden, einesteils um Steuerkräfte zu gewinnen, anderenteils um den einheimischen Arbeitskräften Verdienst an Ort und Stelle zu schaffen, was sich auch auf die ansässigen Gewerbe günstig auswirkt. Daneben dürfen die Bestrebungen, den Fremdenverkehr zu fördern, nicht vernachlässigt werden. Man wird sich zwar in diesem Punkt bewußt bleiben müssen, daß die Tätigkeit der Stadtverwaltung mehr als eine Stütze der Privatinitiative sich darstellt und die Empfehlungen durch Küche und Keller sowie Unterkunft, welche noch immer die wirksamsten und anhaltendsten sind, von anderer Seite sich betätigen müssen. Die Aufgabe der Stadtverwaltung liegt m. E. darin, mit dafür zu sorgen, daß die natürlichen Reize unserer schönen Heimat mehr und mehr bekannt werden, daß gute Verkehrsverhältnisse auf der Bahn und für die Autos sie möglichst leicht erreichen lassen, daß die Stadt selbst sich gefällig präsentiert und die umliegenden Wälder bequem erreicht werden können. Inwieweit die Stadt selbst noch mehr tun soll, wäre Sache der Beschlußfassung durch den Gemeinderat. Wirken dann alle Faktoren — worunter ich auch die Vereine sowie die ganze Bevölkerung verstehe —, zusammen, so denke ich, wird sich mit der Zeit ein Erfolg erzielen lassen.

Die Förderung des privaten Wohnungsbaues gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Stadt, einerseits um ein genügendes Angebot von Wohnungen herbeizuführen, andererseits um dem Baugewerbe, welches als Schlüsselgewerbe eine besonders wichtige Rolle spielt, Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Der Stadtwald, der in der Entlastung der Steuerzahler eine so wichtige Rolle spielt, ist mir wie Ihnen allen, sowohl wegen seiner Schönheit als auch seiner Ergiebigkeit, besonders ans Herz gewachsen, ihn in seinem Bestande auch für die Nachkommen zu erhalten ist Pflicht, ebenso wie die Erhaltung der städt. Elektrizitätswerke in ihrer Leistungsfähigkeit. Die Zeit wird auch auf diesem Gebiet, wie im allgemeinen, noch manche Aufgabe bringen.

Bei der großen Bedeutung der Sozialversicherung ist dafür Sorge zu tragen, daß die Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung sich um die betreffenden Kreise sorgfältig annehmen kann.

Die Ausdehnung der Markung, namentlich nach Nordwesten hin, halte ich für notwendig, doch hängt die Lösung dieser Frage nicht von uns allein ab; ernstliche Verhandlungen in dieser Richtung aufzunehmen, würde ich mich für verpflichtet halten.

Es ist Ihnen aus den Gemeinderatsverhandlungen vom Januar ds. Js. bekannt, daß die Stadt sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, dem Bau eines Schlachthauses, sowie der Durchführung der Kanalisation mit Erstellung einer Zentralkläranlage näher zu treten. Ich gehe davon aus, daß diese Dinge wegen ihrer Kostspieligkeit nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeit ihrer Lösung entgegengeführt werden können.

Friedliches Nebeneinanderleben der Angehörigen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse, gegründet auf gegenseitige Achtung, findet meine Unterstützung.

Parteipolitisch irgendwie hervorzutreten liegt nicht in meinem Sinn. Ich würde dies auch bei der politischen Zusammensetzung der hiesigen Einwohner, deren allseitiger Vertrauensmann der Ortsvorsteher sein soll, nicht für vorteilhaft halten, weder für ihn, noch für das Amt. Im Uebrigen wissen Sie, daß die Monarchie für mich nur noch historische Bedeutung hat und ich es — nachdem wir eine Republik haben — für meine ernste Pflicht halte, diesem Staat mit ganzem und nicht bloß mit halbem Herzen zu dienen. Gerade in einer Republik ist jeder Staatsbürger mit der Mitverantwortung für seinen Staat belastet und er muß sein Verhalten danach einrichten. Das schließt nicht aus, daß auch ich in der Republik noch manches für verbesserungsbedürftig halte und denjenigen früheren Monarchen, die es um uns verdient haben, ein dankbares Gedenken bewahre. Ueberzeugungen anderer, die auf ehrlicher, uneigennütziger Meinung beruhen, achte ich. Die Gemeindeverwaltungen sind übrigens nicht der Schauplatz politischer Entscheidungen, die Art ihrer Aufgaben ermöglichen recht gut eine Zusammenarbeit verschiedener politischer Richtungen ohne besondere „Koalitionsregierung".

Auf ein enges vertrauensvolles Zusammenwirken mit dem Gemeinderat und den städt. Beamten lege ich wie seither den größten Wert und rechne auf die Unterstützung aller Schichten der Einwohnerschaft, wie ich auch ihnen ohne Rücksicht auf Stand und Partei oder Glaubensbekenntnis ohne Vorurteil gegenübertrete.

In der Einteilung der Dienststunden auf dem Rathaus wird wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft auf die Verhältnisse der auswärts arbeitenden Schichten die weitest mögliche Rücksicht genommen werden.

Meine Frauen und Herren! Die Arbeit in der Gemeindeverwaltung ist weitgehend Arbeit für die Zukunft, von der wir die Früchte nur zum Teil selbst ernten dürfen und in diesem Sinn darf sie einer gewissen Großzügigkeit nicht entbehren; d. h. es müssen die Verhältnisse in der Zukunft so gut als möglich mit berücksichtigt werden. Im Uebrigen darf die Großzügigkeit nicht dazu führen, daß das Augenmaß für das Mögliche und Erreichbare verloren geht und die Stadt in eine Lage kommt, wie wir das auch da und dort in Württemberg erlebt haben. Die Gelder, die aus den Steuerzahlern herausgeholt werden müssen, sind zu kostbar, als daß sie zu Experimenten mit zweifelhaftem Ausgang verwendet werden dürften. Ich weiß, unter welchen Verhältnissen hier die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu leben und daß namentlich die Ladengeschäfte unter der Nähe von Pforzheim zu leiden haben. Wo sich die Möglichkeit bietet, Erleichterungen zu verschaffen oder Schädigungen abzuwehren, werden Sie mich hiezu bereit finden.

Es wird nicht leicht sein, die kommenden Zeiten zu überwinden, der Druck der Kriegslasten, sowohl der äußeren als der inneren, steigende Straßen- und Schullasten bei Steuerkräften, die eher zurückgehen als sich steigern, werden es nicht ermöglichen, auch berechtigte Wünsche rasch zu erfüllen. Es hat keinen Zweck, Ihnen hier die Verhältnisse in rosa zu malen. Ich kann Ihnen nur versprechen, daß ich wie seither, so auch künftig, meine ganze Kraft einsetzen würde für unsere Stadt. Die Erfahrungen, die ich in langen Dienstjahren in den verschiedensten Stellungen gesammelt, würden mir dabei von Nutzen sein, nicht bloß in der Verwaltung, sondern auch bei Beratung der Einwohner. Es ist nun einmal der Beruf des Ortsvorstehers, daß er auch mancherlei Aufgaben zu erfüllen hat, die weder ihm selbst noch den Einwohnern Freude bereiten. Ich denke da an die Ausführung von Aufträgen der Staatsgewalt, als Vorstand der Ortspolizeibehörde oder Schritte, die zur Wahrung städt. Interessen notwendig sind. Er kann es weder mit seinem Gewissen noch mit seinem Diensteid vereinbaren, hier die Dinge einfach treiben zu lassen, was natürlich bequemer wäre. Ich fasse aber mein Amt so auf, daß ich das, was ich für notwendig halte, auch durchführe ohne Rücksicht darauf, ob es mir Lob oder das Gegenteil einträgt, wenn ich mir bewußt bin, die Grundeinstellung von Wohlwollen und Unparteilichkeit gegen jedermann nicht zu verletzen.

Ich bin heute vor Sie getreten, einesteils um Ihnen einen zusammenfassenden Bericht über die Stadtverwaltung während der letzten 10 Jahre zu geben, anderenteils um Sie erneut um Ihr Vertrauen zu bitten. Es wäre mir eine große Freude, wenn Sie mir dies durch Ihre Wiederwahl zum Ausdruck bringen würden. Ich will aber nicht etwa Ihre Stimmen erbetteln, sondern **ich trete als freier, unabhängiger Mann freien Frauen und Männern gegenüber. Handeln Sie, wie Sie es für richtig finden, stellen Sie über alles das Wohl unserer Stadt und ihrer Bewohner.**

Die halbstündigen Ausführungen des Redners fanden starken Beifall. Der Vorsitzende bemerkte, es werde im Rahmen der heutigen Versammlung wohl kaum erwünscht sein, wenn man über die aufgeworfenen Fragen in eine Erörterung eintrete, hingegen werde wohl der eine oder andere den Wunsch haben, daß er über irgend eine der Fragen, die uns in der Zukunft beschäftigen werden, Auskunft erhalte; der Kandidat werde gerne bereit sein, Rede und Antwort zu stehen. Irgend eine Anfrage wurde nicht gestellt. Der Vorsitzende dankte Stadtschultheiß Knodel für seine umfassende Berichterstattung über die letzten 10 Jahre und seine Stellungnahme zu den Zukunftsfragen. Es war eine solche Menge von Aufgaben, die die Gemeinde infolge des schlimmen Kriegsausganges zu erfüllen hatte, daß man sich wundern müsse, daß die nicht gerade leistungsstarke Gemeinde dies alles vollbringen konnte. Aber diese Tätigkeit war notwendig, wollte die Gemeinde nicht stillstehen oder zurückbleiben in der Entwicklung, man habe allen Anlaß, Stadtschultheiß Knodel für seine Tätigkeit während dieser Zeit zu danken, und es wäre nur erwünscht, wenn die kommende Wahl ihm ein schönes Vertrauensvotum auch für die Zukunft mit auf den Weg gäbe. (Bravo!) Die Aufgaben in den letzten 10 Jahren erforderten viel; es war nicht nur der tüchtige Fachmann notwendig, es war auch ein gewisser Weitblick nötig für die Bedürfnisse der Bevölkerung. In weitgehendem Maße habe der seitherige Stadtvorstand alles in sich vereinigt, daß man mit Fug und Recht sagen könne, daß der rechte Mann am rechten Platz stand, und wir keine Veranlassung haben, eine Aenderung eintreten zu lassen. Daß eine solche vielseitige Tätigkeit in den letzten 10 Jahren, wo die Gemeindeinteressen vielfach in Kollision kamen mit Einzelinteressen, nicht immer ohne Reibung abging und da und dort eine gewisse Verärgerung zurückblieb, liege in der Natur der Dinge. Man müsse aber die Sache von einer höheren Warte betrachten, von der Warte des Gemeinwohls, welche die Gemeininteressen über die Einzelinteressen stelle. Für die Zukunft sehen die Verhältnisse nicht gerade rosig aus, weil man das Empfinden habe, daß die Wirtschaft in unserer Stadt nicht mehr das ist wie vor dem Kriege, eine Erscheinung, die auch anderorts wahrzunehmen ist. Immerhin müsse versucht werden, im Rahmen des Möglichen zu vollbringen, was nötig ist, und weniger wichtige Dinge zurückstellen, bis auch an ihre Erfüllung gedacht werden kann. Das Verdienst, daß in den letzten 10 Jahren so vieles gemacht wurde, gebühre in erster Linie unserem Stadtvorstand; er habe gezeigt, daß er wohl die Eignung habe für die Führung der Geschäfte einer Stadt wie Neuenbürg, aber nicht bloß für die Stadt, sondern auch im Rahmen der Amtskörperschaft habe er fördernd gewirkt, nicht zum Nachteil seiner Gemeinde. Die Verwaltung einer Stadt wie Neuenbürg erfordere einen sehr weitblickenden Stadtvorstand, der nicht bloß Verwaltungstechniker, sondern auch Geschäftsmann ist; Stadtschultheiß Knodel habe gezeigt, daß er beides in sich vereine. Wir sind ihm dafür dankbar, und es wäre bedauerlich, wenn am nächsten Sonntag nur eine leidliche Wahl zustande käme; wir müssen vielmehr, wenn auch nur ein Kandidat zur Verfügung steht, ihm unser Vertrauen in seine Geschäftsführung durch eine vollzählige und einstimmige Wahl zum Ausdruck bringen. Mit diesem Appell und dem Wunsch, daß unsere Heimatstadt Neuenbürg weiter blühen und gedeihen und die Wahl zum Wohl der Stadt ausfallen möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Entlarvt!

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

1. Fortsetzung.

Bella sah zweifelnd zu seinem Herrn auf, aber da er es doch nicht wagte, angreifend gegen diesen vorzugehen, fing er an laut zu bellen.

„Mein Gott, welch ein Lärm," sagte die Mutter. „Wann werdet ihr endlich vernünftig werden?"

Der Papa ließ sein Töchterchen los und dieses umarmte die Mama, sie auf beide runde Wangen küssend.

„Es ist gut," wehrte diese ab. „Nun setze dich und frühstücke. Wo warst du denn?"

„Ja, wo warst du Zigeuner?" fragte der Hausherr sich wieder in seinen Sessel setzend und die Zigarre von neuem anzündend.

„Mein Gott, wo ich war?" entgegnete Erika achselzuckend, eine dicke Weißbrotscheibe mit Butter streichend und herzhaft hineinbeißend. „Im Garten — auf dem Hof — auf der Wiese — ihr seht ja so furchtbar spät auf, daß ihr euer halbes Leben verschläft."

„Nanu," sagte der Vater belustigt. „Seit einer Stunde sitzen wir hier und warten auf dich. Es ist doch erst halb neun Uhr."

„Ja, und ich bin um 6 Uhr aufgestanden und bin auf der Wiese hinter dem Park gewesen, wo Heu gemäht wird. Das duftet herrlich! Und Herr Born sagte, daß es dieses Jahr eine brillante Heu-Ernte geben würde."

„Unterhältst du dich mit Herrn Born öfter über landwirtschaftliche Verhältnisse?" fragte der Papa lachend.

„Ich interessiere mich doch nun einmal furchtbar für die Landwirtschaft," entgegnete Erika und trank ein großes Glas Milch aus.

„Das ist ja sehr schön," meinte der Gutsbesitzer, die Asche seiner Zigarre aufmerksam betrachtend, „aber du kannst dir deine landwirtschaftlichen Belehrungen lieber von dem alten Inspektor Grupe einholen, als von dem jungen Verwalter Fritz Born."

„Weshalb, Papa? — Der Inspektor ist so langweilig und seine Ansichten sind doch sehr veraltet, sagt Herr Born."

„So — sagt das Herr Born? — Nun, dann will ich Herrn Fritz Born einmal meine Ansichten sagen, vielleicht findet er die moderner."

„Deine Ansichten, Papa? — Aber du verstehst ja nichts von der Landwirtschaft. Wenigstens meint Herr Born, ein alter Diplomat, der bis zu seinem vierzigsten Jahre im Staatsdienst gestanden hat, könne kein guter Landwirt mehr werden."

„Da soll doch gleich . . ."

„Lassen wir jetzt diese Kindereien," nahm die Herrin des Hauses das Wort. „Ich möchte dich aber auch ersuchen, Erika, deinen Verkehr mit Herrn Fritz Born etwas einzuschränken. Du bist kein Kind mehr, und Herr Born ist ein junger Mann von fünfundzwanzig Jahren . . ."

„Bitte, Mama, erst vierundzwanzig und ein halbes Jahr."

„Nun, das ist einerlei. Wenn du nicht verständiger werden willst, dann müssen wir dich noch einmal in eine Pension schicken."

„Bitte, bitte — nur das nicht. Ich will ja auch ganz vernünftig sein, wenn ich nur wüßte, wie ich es anfangen soll?"

„Richte dich nur nach dem, was dir Miß Bayley sagt."

„Ach die! Die weiß ja nicht einmal den Unterschied zwischen Heu und Grummet!"

Der Papa lachte laut auf. Aber die Miene der Gutsbesitzerin wurde noch ernster.

„Darauf kommt es bei einer jungen Dame auch nicht an. Aber jetzt habe ich dir etwas anderes mitzuteilen. Wir werden demnächst einen neuen Hausgenossen erhalten — den Sohn meiner Jugendfreundin, der Frau von Prokowski."

„Welch drolliger Name, Mama! — Prokowski — das klingt, als wenn man niest."

„Mach keine dummen Späße. Der junge Stanislaus Prokowski ist etwas leidend, er soll sich hier erholen und zugleich die Landwirtschaft erlernen. Er wird natürlich nicht bei uns im Schlosse wohnen, sondern drüben im Inspektorhaus, wo früher der Hauslehrer von Adalbert gewohnt hat. Aber er wird an unseren Mahlzeiten teilnehmen und, nicht wie Herr Born, bei dem Inspektor essen; das sind wir seiner Mutter, die meine beste Freundin war, schuldig. Ich hoffe, du wirst ihm so gegenübertreten, wie es sich für eine junge Dame paßt, und wirst Rücksicht auf seinen leidenden Zustand nehmen."

„Kranke Menschen mag ich nicht leiden. Der Herr von Prokowski kann sicher vor mir sein."

„Welcher Ausdruck!"

„Ich möchte dich auch ersuchen," sagte der Gutsbesitzer mit kaum unterdrücktem Lachen, „mit dem jungen Mann keine deiner beliebten Eulenspiegeleien zu treiben. Man muß die Menschen zuerst kennenlernen, ehe man Scherz mit ihnen treibt."

„Du kannst ganz ruhig sein, Papa. Der schöne Stanislaus ist mir jetzt schon so zuwider."

„Woher weißt du denn, daß er schön ist?"

„Nun — alle Polen sollen ja schön sein."

„Herr von Prokowski ist kein Pole. Seine Mutter ist eine gute Deutsche, sein Vater und sein Großvater waren deutsche Staatsangehörige."

„Um so besser."

„Und was ich noch sagen wollte," fuhr die Gutsbesitzerin fort, „der junge Mann soll ausgezeichnet Klavier und Geige spielen. Da könnt ihr öfter zusammen spielen — natürlich nur in meiner oder Miß Bayleys Gegenwart. Es tut dir ganz gut, wenn du etwas fleißiger übst."

„Aber doch jetzt nicht, Mama?"

„Weshalb jetzt nicht?"

„Mitten in der Heuernte? — Und dann kommt die Roggenernte."

„Hör auf, was geht dich die Ernte an? — Ich verbitte mir ein für allemal solche Dummheiten. Und nun geh zu Miß Bayley zu deiner Musikstunde."

Die Worte klangen so energisch, daß Erika keinen Widerspruch wagte. Mit leicht schmollender Miene erhob sie sich und entfernte sich schweigend, die Ohren hängen lassend, wie Bella, die ihr nachschlich, als habe ein Teil der Schelte ihr gegolten.

(Fortsetzung folgt.)

Deu

Die Deutsche Volkspart

Stuttgart, 15. Febr. Stuttgart hielt am Donner Mitgliederversammlung, in Dr. v. Walz, einen Bericht besonderem Interesse ist, w Lage in der württ. Landeo auf die Bemühungen der tion zum Eintritt in die Re Volkspartei sei nach der E dienstes der Regierung vie Beteiligung an der Regier rile. Allein es komme nic Regierung sitze, sondern w man drin sitze. Die beste V meinsame Eintritt der Der schen Volkspartei, der wol sachliche Mitarbeit ermöglic arbeitsfähige Regierung bri der Redner — wird als f den dürfen — und das hab und Landtagsfraktion auch Entscheidung der Landtags tritt in die Regierung von fragt würde. Es handle s Richtigkeit, daß sie für das berg entscheidend werden sichen Zusicherungen, die d Regierungsparteien verlang dem satzungsgemäß die Ve Maßgabe der Beschlüsse d und der für die Einheitlic treten hat, vorher unbedin

Eine Denkschri

Stuttgart, 15. Febr. schrift fertiggestellt, die E gierungen und Parlament ständigen versandt worden im Ausland verbreitet wo schrift, die von Ministerial worden ist, geht ein Ansch gen und Parlamente vorau ten auf die persönliche Ver schen Staatsmänner, Volk dem deutschen Volk und d gen, was jetzt geschieht dieses Anschreiben wird und Irrtum des Dawes-G schen Voraussetzung einer neten Entschuldung und rung, durch diese innere E für eine um so höhere äu der Denkschrift legen an dar: 1. daß der Grund für auferlegten Jahreszahlung Reichsmark und das Rück barkeit einer solchen Unsu weislich falsche Annahme bildet hat, „der Marksturz die Kriegs- und sonstigen tionsschulden der Industri Hausbesitzer ausgelöscht"; des mit Hilfe jener falsche gebauten Dawesplans zu g muß und die Gefahr eine schen Währung mit sich Ganzes hat von der Sch dabt, es kann deshalb auch erhöhte äußere Belastung mehr; die Schuldentilgun aus dem Gleichgewicht geb schen Produktion und Ve Produktion und Sparkapi zerrüttet, die wirtschaftsch wirtschaftlich bedenklichen helfe zur Folge gehabt; s empfänger gemacht. Es ist unsinnig, einer derartig ten dieser Schädigung, in rungen sieht, um so höher wendig ist vielmehr in erst der Volkswirtschaft, die G lichen Grundlagen von S mehte innere Wiedergutm Schließlich die Herabsetzun um mindestens die Hälfte bei Festsetzung der Gesam der bisher tatsächlich erfo lichen Ausland beschlagna satteten Privatvermögen soweit es von Deutschland

Dr. Wirth warf den Zank

Berlin, 16. Febr. Vor seinen Kassandra-Aufsatz Tadel. Zu diesem Pessimis so wird Dr. Wirth zure sozialdemokratische Haupt hinzu, daß es selbst die j so verfahren und gefahrl es Dr. Wirth dahin bei, Beteiligten not tue, um e zu gelangen. Die moralis Mahnwort: „Koalitions Stimmung des Zwanges scharfem Tone wendet sich gegen eine im führenden veröffentlichte Zuschrift a rige Finanzlage des Reich zur Last gelegt wird, die a vermehrung schuld seien. denz dreht den Spieß um partei sei es gewesen, die demokraten auf sozialpoliti entsprechende" Belastung Das Zentrum möge, heißt sachlicher Zusammenarbeit verschütten, daß es jetzt du gogische Propagandapoliti wortungslosen Opposition

Der Kampf u

Paris, 16. Febr. Ob Ausführungen des Reichs halten es die Regierungsk für unvermeidlich, daß in

Deutschland.

Die Deutsche Volkspartei und die württ. Regierung.

Stuttgart, 15. Febr. Die Deutsche Volkspartei Groß-Stuttgart hielt am Donnerstag abend im Hotel Banzhaf ihre Mitgliederversammlung, in der der Vorsitzende, Präsident Dr. v. Bälz, einen Bericht über die politische Lage gab. Von besonderem Interesse ist, was der Redner zur augenblicklichen Lage in der württ. Landespolitik ausführte. Er wies dabei auf die Bemühungen der Regierungsparteien hin, die Fraktion zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Die Deutsche Volkspartei sei nach der Entwicklung des Christlichen Volksdienstes der Regierung viel nötiger als je. Gewiß habe die Beteiligung an der Regierung für eine Partei große Vorteile. Allein es komme nicht nur darauf an, daß man in der Regierung sitze, sondern mindestens ebenso sehr darauf, wie man drin sitze. Die beste Lösung würde nach wie vor der gemeinsame Eintritt der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, der wohl auch der Sozialdemokratie eine sachliche Mitarbeit ermöglichen würde und eine wirklich feste, arbeitsfähige Regierung brächte. Jedenfalls aber — so betonte der Redner — wird als selbstverständlich vorausgesetzt werden dürfen— und das habe der Vorsitzende der Landespartei und Landtagsfraktion auch schon zugesagt — daß vor einer Entscheidung der Landtagsfraktion über ihren etwaigen Eintritt in die Regierung von ihr vorher der Landesausschuß befragt würde. Es handle sich hier um eine Frage von solcher Wichtigkeit, daß sie für das Schicksal der Partei in Württemberg entscheidend werden könne. Schon wegen der urkundlichen Zusicherungen, die die Partei vor dem Eintritt von den Regierungsparteien verlangen müßte, sei der Landesausschuß, dem satzungsgemäß die Vertretung der Parteigrundsätze nach Maßgabe der Beschlüsse der Vertreterversammlung obliegt und der für die Einheitlichkeit und Taktik der Partei einzutreten hat, vorher unbedingt einzuberufen.

Eine Denkschrift der Volksrechtpartei.

Stuttgart, 15. Febr. Die Volksrechtpartei hat eine Denkschrift fertiggestellt, die Ende Januar an alle deutschen Regierungen und Parlamente und an die deutschen Sachverständigen versandt worden ist und ins Englische übersetzt auch im Ausland verbreitet werden soll. Der eigentlichen Denkschrift, die von Ministerialrat Spindler in Stuttgart verfaßt worden ist, geht ein Anschreiben an die deutschen Regierungen und Parlamente voraus, das in sehr eindringlichen Worten auf die persönliche Verantwortung hinweist, die alle deutschen Staatsmänner, Politiker und Wirtschaftler gegenüber dem deutschen Volk und der deutschen Geschichte für das tragen, was jetzt geschieht oder unterlassen wird. Schon in diesem Anschreiben wird festgestellt, der grundlegende Fehler und Irrtum des Dawes-Gutachtens bestehe einmal in der falschen Voraussetzung einer durch die Inflation erfolgten inneren Entschuldung und ferner in der ebenso falschen Folgerung, durch diese innere Entschuldung werde Raum geschaffen für eine um so höhere äußere Belastung. Die Ausführungen der Denkschrift legen an der Hand unumstößlicher Tatsachen dar: 1. daß der Grund für die Verdoppelung der Deutschland auferlegten Jahreszahlung von 1250 auf 2500 Millionen Reichsmark und das Rückgrat der vermeintlichen Aufbringbarkeit einer solchen Unsumme nichts Besseres als die nachweislich falsche Annahme der Urheber des Dawesplanes gebildet hat, „der Marksturz hat die Vorkriegseisenbahnschuld, die Kriegs- und sonstigen Schulden des Reiches, die Obligationsschulden der Industrie und die Hypothekenschulden der Hausbesitzer ausgelöscht"; 2. daß die bisherige Durchführung des mit Hilfe jener falschen Annahme aufgeblähten und aufgebauten Dawesplans zu ganz unhaltbaren Zuständen führen muß und die Gefahr einer neuen Verschlechterung der deutschen Währung mit sich bringt. Die Volkswirtschaft als Ganzes hat von der Schuldenstreichung keinerlei Nutzen gehabt, es kann deshalb auch auf der inneren Entschuldung eine erhöhte äußere Belastung nicht aufgebaut werden. Ja noch mehr: die Schuldentilgung hat die deutsche Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht; sie hat das Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch, das Gleichgewicht zwischen Produktion und Sparkapital gestört; sie hat das Kreditwesen zerrüttet, die wirtschaftsschädlichen hohen Zinsen und die volkswirtschaftlich bedenklichen Auslandsanleihen als üble Notbehelfe zur Folge gehabt; sie hat aus Steuerzahlern Almosenempfänger gemacht. Es ist volkswirtschaftlich im höchsten Grade unsinnig, einer derartig geschädigten Volkswirtschaft wegen eben dieser Schädigung, in denen man irriger Weise Bereicherungen sieht, um so höhere Lasten auflegen zu wollen. Notwendig ist vielmehr in erster Linie die Wiedergesundmachung der Volkswirtschaft, die Erneuerung der rechtlichen und sittlichen Grundlagen von Staat und Wirtschaft durch eine gewollte innere Wiedergutmachung. Die Denkschrift fordert schließlich die Herabsetzung der jährlichen Reparationslasten um mindestens die Hälfte (1250 Millionen Goldmark) und — bei Festsetzung der Gesamtsumme — die volle Anrechnung 1. der bisher tatsächlich erfolgten Leistungen, 2. der im feindlichen Ausland beschlagnahmten und nicht wieder zurückerstatteten Privatvermögen der deutschen Staatsangehörigen, soweit es von Deutschland zurückerstattet werden muß.

Dr. Wirth warf den Zankapfel — Die Debatte wird unfriedlich

Berlin, 16. Febr. Vom „Vorwärts" erhält Dr. Wirth für seinen Kassandra-Aufsatz in der „Deutschen Republik" einen Tadel. Zu diesem Pessimismus, wie er ihn hier entwickle, liege, so wird Dr. Wirth zurechtgewiesen, kein Anlaß vor. Das sozialdemokratische Hauptorgan fügt mit starker Betonung hinzu, daß es selbst die jetzige Situation durchaus nicht als so verfahren und gefahrdrohend ansehe. Allerdings stimmt es Dr. Wirth dahin bei, daß Einsicht und guter Wille aller Beteiligten not tue, um endlich im Reich zu sachlicher Arbeit zu gelangen. Die moralisierende Betrachtung schließt mit dem Mahnwort: „Koalitionsfragen lassen sich weder durch die Stimmung des Zwanges noch der Panik lösen." In sehr scharfem Tone wendet sich der „Demokratische Zeitungsdienst" gegen eine im führenden Zentrumsorgan, der „Germania", veröffentlichte Zuschrift aus dem Reichstag, in der die schwierige Finanzlage des Reiches der Finanzpolitik der Demokraten zur Last gelegt wird, die allein an der fortgesetzten Ausgabenvermehrung schuld seien. Die demokratische Parteikorrespondenz dreht den Spieß um und erklärt, gerade die Zentrumspartei sei es gewesen, die in ihrem Wettlauf mit den Sozialdemokraten auf sozialpolitischem Gebiet eine „sehr wenig zweckentsprechende" Belastung des Reichsetats herbeigeführt habe. Das Zentrum möge, heißt es zum Schluß, die Notwendigkeit sachlicher Zusammenarbeit nicht dadurch erschweren oder aber verschütten, daß es jetzt durch eine ebenso unsachliche wie demagogische Propagandapolitik sich auf das Gebiet einer verantwortungslosen Opposition begebe.

Ausland.

Der Kampf um die Jahres-Annuität.

Paris, 16. Febr. Ohne sich in eine Kritik der gestrigen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Schacht einzulassen, halten es die Regierungsblätter „Matin" und „Echo de Paris" für unvermeidlich, daß in der nächsten Woche die Arbeiten des Sachverständigenausschusses in eine kritische Phase eintreten werden. Nach Beendigung der deutschen Exposés erwartet man, wie der „Matin" hervorhebt, endlich einen Vorschlag Schachts über die effektive deutsche Leistungsfähigkeit. Nach Berechnungen der Alliierten könne Deutschland jährlich 3½ Milliarden Mark zahlen. (!) Dagegen werde Schacht aller Wahrscheinlichkeit nach eine Annuität vorschlagen, die den Betrag von 1½ Milliarden kaum überschreiten dürfte. Owen Young und Morgan, die bisher noch nichts gesagt hätten, würden eine mittlere Ziffer vorschlagen, so meint wenigstens der „Matin", und fügt folgende interessante Bemerkung hinzu: „Diese Ziffer wird weder auf Grund der von den Gläubigerstaaten anhängig gemachten Forderungen festgesetzt werden, noch auf der Basis der düsteren Prophezeihungen Schachts und seiner Mitarbeiter. Die Erwägungen, von denen sich Owen Young und Morgan leiten lassen, sind ausschließlich die einer künftigen Kommerzialisierung der deutschen Schuldverschreibungen. Die amerikanischen Vertreter kümmern sich um nichts anderes als um den internationalen Geldmarkt, wobei sie selbstverständlich die Unterbringung eines bedeutenden Abschnitts der kommerzialisierten Schuldverschreibungen auf dem europäischen Geldmarkt im Auge behalten. Es ist demnach zu erwarten, daß die Amerikaner in der Frage der normalen Annuität das letzte und einzige Wort haben werden. Man spricht von 2200 bis 2400 Milliarden Mark." Im „Echo de Paris" wird mitgeteilt, daß man für Montag von Schacht präzise deutsche Vorschläge erwarte. Von diesem Augenblick an werde der akademische Charakter der bisherigen Erklärungen aufhören und der erste Schritt in der Richtung einer Lösung des Kernproblems erfolgen. Aus den von den deutschen Sachverständigen gelieferten Mitteilungen müßten praktische Schlüsse gezogen werden. Momentan gingen die Ansichten über die Höhe der deutschen Jahresleistungen noch sehr weit auseinander. Man könne sich auf ein starkes und heftiges Aufeinanderprallen der gegenseitigen Meinungen gefaßt machen. Eine kritische Periode lasse sich nicht verhüten, aber das schließe selbstverständlich die Möglichkeit einer Verständigung nicht aus, meint das „Echo de Paris".

Württemberg.

Freudenstadt, 17. Febr. (Wassernot). Seit Samstag früh fehlt in einem großen Teil der Stadt das Wasser. Man vermutet einen Rohrbruch an der Hauptleitung, doch hat man am Vormittag noch keine Bruchstelle gefunden. Da der Boden bis auf eine Tiefe von 90 Zentimeter gefroren ist, sind die Nachforschungen sehr erschwert. Die öffentlichen Brunnen wurden aufgetaut.

Stuttgart, 16. Febr. (Handwerkskammerprozeß). In der Samstagsitzung der Berufungsverhandlung im Handwerkskammerprozeß kam zunächst das Haus des Handwerks zur Sprache. Der Angeklagte Wolf soll den Geschäftsführer Klemm veranlaßt haben, an Stelle des Ueberschusses von 2700 Mark beim Hause des Handwerks ein Defizit zu errechnen, was dann auch in Höhe von 3405 Mark geschah. Wolf stellte dies entschieden in Abrede, während der Zeuge Klemm dabei blieb, in dieser Richtung von Wolf aufgefordert worden zu sein. Die dem Angeklagten Fischer zur Last gelegte Untreue war vom Schöffengericht darin erblickt worden, daß er sich für seine Linoleumlieferungen an die Landeswirtschaftsstelle aus der Kasse des Einziehungsamtes hatte bezahlen lassen, obwohl die Landwirtschaftsstelle kein Geld hatte. Der Angeklagte Fischer bestritt den eigentlichen Vorgang nicht, erblickte jedoch in seinem Verhalten kein strafbares Handeln, da Wolf seinerzeit um seine Einwilligung angegangen worden sei. Außerdem seien andere Handwerker schon vor Fischer mit Mitteln der Kasse des Einziehungsamtes befriedigt worden. Wolf kann sich allerdings nicht entsinnen, daß er zuvor gefragt wurde, gibt aber zu, daß er seine Einwilligung geradeso wie vorher bei anderen Handwerkern gegeben hätte. Fortsetzung der Verhandlung Montag vormittag.

Stuttgart, 16. Febr. (Präsident Andre 50 Jahre alt). Der Präsident der Landesversicherungsanstalt, Landtagsabgeordneter Andre, feiert heute den 50. Geburtstag. Andre stammt von Schramberg. Mit dem zentrumspolitischen Leben ist er aufs engste verbunden. 1907 trat er in den Landtag ein, 1919 in die Deutsche Nationalversammlung. Bis zum Ende vorigen Jahres gehörte er auch dem Reichstag an. Er betätigte sich insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet und leistete für seine Partei große Verdienste, die anläßlich seines heutigen Geburtstages in Glückwunschschreiben der Vorsitzenden der Württ. Zentrumspartei und der Landtagsfraktion warme Anerkennung fanden.

Stuttgart, 16. Febr. (Betrügerische Stoffverkäufe). Von der Handwerkskammer Stuttgart wird uns mitgeteilt, daß gegenwärtig wieder eine Reihe von Ausländern unter Anwendung aller erdenklichen Schliche und Ränke versuchen, das Publikum zum Kauf von Stoffen zu bewegen, wobei sie unter bestimmtester Zusicherung erstklassiger englischer Ware mindere deutsche Stoffqualitäten zu übermäßig hohen Preisen abzusetzen trachten. Aus Gerichtsverhandlungen wurde bekannt, daß es sich dabei um eine über das ganze Reich verteilte Organisation handelt, die gegenwärtig in Stuttgart ihren Sitz hat und auf die dargelegte betrügerische Art die Käufer zu schröpfen sucht. Wo diese Ausländer ihre Stoffe anbieten, ist es angezeigt, sofort die Polizei hiervon zu verständigen.

Stuttgart, 16. Febr. (Auch eine Folge der Kälte). Der anhaltende, ungewöhnlich starke Frost, durch den der Boden sehr tief gefroren ist, macht es den Friedhofarbeitern fast nicht mehr möglich, die Gräber auszuheben. Das Friedhofamt bittet deshalb die Hinterbliebenen, diesem außerordentlichem Zustand Rechnung zu tragen und, soweit möglich und angängig, über die große Kälte die Feuerbestattung zu wählen.

Altaig, OA. Sulz, 16. Febr. (Eine mutige Tat.) Eine tapfere Tat vollbrachte ein hiesiger junger Mann. Vergangenen Samstag verfolgten die beiden Dachshunde zweier Jäger einen Fuchs in seinen Bau und kamen aus diesem nimmer zum Vorschein. Wohl hörte man das Bellen und Jammern der Hunde, allein der Eingang der Höhle ist so enge, daß ein Eintreten eines Menschen unmöglich war. Die beiden Jäger arbeiteten nun einige Tage an der Erweiterung des Baues, um so die armen Hunde befreien zu können. Es gelang ihnen, bis auf etwa 12 Meter kriechend vorzudringen. Dann aber gelangten die Jäger an eine Felsenspalte, die erst senkrecht abfiel und dann anscheinend schräg weiterführte, sodaß eine Befreiung der beiden Tiere unmöglich erschien. Schon dachten die Jäger daran, durch Abwerfen von vergifteten Fleischstücken den Tieren einen schnelleren Tod zu bereiten, als sich Theodor Leicht meldete und mit Seilen und Laternen ausgerüstet, sich in die Felsspalte etwa 18 Meter hinabließ. So gelang es ihm mit größter Mühe, unter Todesverachtung, die beiden Hunde nach vier Tagen zu befreien. Er wickelte beide Hunde in seine eigene Hose und ließ sich mit den Befreiten durch Schrägen und Winkel nachziehen. Eine tollkühne aber brave Tat.

Spaichingen, 17. Febr. (Ein Zeichen der Zeit). Im Heuberger Boten erschien letzten Dienstag folgendes, für unsere Zeit charakteristisches Inserat: „Ein hoffnungsvoller Sohn mit Freund ließ sich seit Samstag bei seinem Vater nicht mehr sehen. Derjenige, der ihn findet, möge ihn kurz anbinden und lang hauen, bis der Vater ihn abholt."

Ulm, 17. Febr. (Bestechung beim Wohnungsamt.) Zu Ende des vergangenen Jahres hatte eine Bestechungsaffäre beim Ulmer Wohnungsamt in der Bevölkerung viel von sich reden gemacht. Am Freitag fand die diesen Fall betreffende Verhandlung vor dem großen Schöffengericht Ulm statt. Gegen einen Beamten des Wohnungsamts, E. Stütz, lautete die Anklage wegen erschwerter Bestechung. In seiner Eigenschaft als Beamter soll er zu Anfang des Jahres 1927 einem auswärtigen Wohnungssuchenden eine Wohnungszuweisung für Ulm zugestellt haben, und zwar, nachdem ihm der Betreffende bedeutet hatte, daß er ihm dafür einen bestimmten Betrag zukommen lasse. Die Frau des Wohnungsuchenden soll dann auch im Lauf des Jahres 1927 zweimal Geldkouverts bei Frau Stütz abgegeben haben und zwar mit Wissen des Angeklagten. Im ganzen soll der Betrag sich auf 150 RM. belaufen. Das Gericht sprach wegen erschwerter Beamtenbestechung die Gefängnisstrafe von zwei Monaten aus. Die 150 RM. wurden zugunsten der Staatskasse für verfallen erklärt.

Ulm, 16. Febr. (Oberbürgermeisterwahl.) Wie bekannt, stellt sich Oberbürgermeister Dr. Schwammberger bei der Stadtvorstandswahl am 3. März zur Wiederwahl. Als weiterer Bewerber hat sich Rechtsanwalt Konstantin Wieland, Ulm, gemeldet. Rechtsanwalt Wieland war bekanntlich früher katholischer Geistlicher. Er ist Führer des Stadtbundes, dem in letzter Zeit die meisten seiner Stadträte davon gelaufen sind, um sich anderen Fraktionen anzuschließen.

Ulm, 16. Februar. (Ein kaltes Bad.) Gestern nachmittag ist Fensterreiniger Konrad Hammann mit seinem Gehilfen Wilhelm Schwarz trotz des Eises bei der Ziegelländе über die Donau geschwommen.

Friedrichshafen, 16. Febr. (Tragödie auf dem Bodensee.) Das Befinden der im Lindauer Krankenhaus liegenden Geretteten ist ein verhältnismäßig befriedigendes, so daß man hoffen darf, sie am Leben zu erhalten. Einzig der Zustand von Josef Kloser gibt zu Besorgnissen Anlaß. Am besten weggekommen sind der pensionierte Gendarmerieinspektor Strobl und der Zimmermann Vinzenz Kloser, die sich am Nachmittag bereits wieder nach Hause begeben konnten. Kloser hatte nur leichte Segeltuchschuhe an und war ohne Kopfbedeckung. Die Leiche des vermißten und wahrscheinlich ertrunkenen Knaben wurde bis jetzt nicht entdeckt. Der geretitete zwölfjährige Rudolf Lechscher gab über den Hergang des Unglücks eine Schilderung, aus der hervorgeht, daß die acht Personen gemeinsam den Versuch machen wollten, soweit in Richtung Lindau zu gehen, als sie das Eis trage. Das Eis müsse sich bei der Rheinmündung losgelöst haben. Hilferufe hätten sie bei Lindau keine gegeben.

Niederstetten OA. Gerabronn, 16. Febr. (Vorsicht beim Heizen von Ställen.) Ein hiesiger Landwirt wollte seinen Stall durch Heizen mit Holzkohlen temperieren. Dadurch entwickelten sich Gase, die durch die infolge der großen Kälte verstopften Luftschächte keinen Abzug fanden. Der Landwirt war vormittags in seinem Stall beschäftigt und nach einiger Zeit fand man ihn bewußtlos auf, sodaß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Auch ein Stück Vieh zeigte Vergiftungserscheinungen.

Baden.

Bühl, 16. Febr. Gestern abend gegen ½9 Uhr brach aus bisher noch nicht festgestellter Ursache im Dachgeschoß des Druckereigebäudes „Concordia" Feuer aus, das in den im Dachgeschoß aufgespeicherten Lehrmittel und Heften für Schulen usw. außerordentlich viel Nahrung fand. Das Dachgeschoß mit seinem Inhalt brannte vollständig aus, ebenso die Handsetzerei im zweiten Stockwerk und die Maschinensetzerei. Der Maschinensaal blieb dagegen erhalten, doch hat auch hier das Wasser außerordentlichen Schaden angerichtet. Die Nachbargebäude waren durch den Funkenflug stark gefährdet, doch gelang es, dieselben zu schützen, zumal der Wind seine Richtung änderte. Die Feuerwehr hatte während der ganzen Nacht mit der Bewältigung des Brandes zu tun, der erst gegen ½7 Uhr heute früh als gelöscht angesehen werden konnte.

Kehl, 15. Febr. Dieser Tage ließen sich zu Hunderten Wildenten auf dem Eise des Rheines nieder, um noch etwas Nahrung zu suchen. Die Kälte war indes so groß, daß die armen Tiere auf den Eisschollen festfroren und sich nicht mehr befreien konnten. Viele mußten verhungern und verendeten unter furchtbarem Geschrei. Andere sind noch in größerer Zahl auf dem Eise festgefroren.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 17. Febr. Zu dem Lohnstreit in der württ. Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu Nachverhandlungen über den Schiedsspruch vom 30. Januar auf Donnerstag, 21. Februar, vormittags nach Berlin geladen.

Frankfurt a. M., 17. Febr. Am Samstag nachmittag drangen Einbrecher in das Pelzwarengeschäft Sickos & Gallaris ein. Sie betäubten den Inhaber Sickos mit Hilfe eines Narkotikums und stahlen wertvolle Pelze. Als Sickos erwachte und um Hilfe rief, schossen die Einbrecher ihn in die Schulter. Die Polizei hat bis jetzt keine Spur der Täter entdecken können.

Köln, 17. Febr. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr fand der Anstreicher Heinrich Leuf seine Wohnung in Köln-Poll verschlossen. Als er sie gewaltsam öffnete, bot sich ihm ein schrecklicher Anblick. In dem mit Gas erfüllten Zimmer fand er seine 26jährige Frau und seine drei Kinder, Knaben im Alter von zwei bis sechs Jahren, tot vor. Die Frau hatte durch Einatmen von Leuchtgas ihrem Leben und dem ihrer Kinder ein Ende gemacht.

Essen, 17. Febr. Ungefähr 800 der Fernsprechteilnehmer von Essen wurden heute durch eine plötzlich gegen mittag auftretende Kabelstörung, von der besonders das Nord-Süd- und ein Verbindungskabel betroffen wurden, ausgeschaltet. Die Störung ist auf den Frost zurückzuführen. Die Folgen dieser Störung werden sich erst im Laufe des Montag auswirken, da der Schaden nicht sobald behoben sein dürfte.

München-Gladbach, 17. Febr. Ein weiteres Gasunglück ereignete sich in der Sonntagnacht in Gladbach. Dort fand man den 16jährigen Sohn des Maurermeisters Mimberg besinnungslos in der Küche auf. Im Nebenzimmer lagen die Eltern und ein sechsjähriger Sohn besinnungslos in ihren Betten. Der hinzugezogene Arzt stellte eine Kohlenoxydgasvergiftung fest und sorgte für sofortige Ueberführung in das Krankenhaus. Der 16jährige Sohn konnte ins Leben zurückgerufen werden, während die drei übrigen noch immer ohne Besinnung sind. Bei der Ehefrau besteht direkte Lebensgefahr.

Bochum, 18. Febr. Die Kriminalpolizei verfolgt eine neue Spur in der Angelegenheit des Lohngeldiebstahls auf der Zeche Königsborn. Der flüchtige Dünisch, dem ein Betrag von 250 000 Mark in die Hände fiel, hat in einem Schreiben an seine Frau seinen Aufenthalt in Luxemburg verraten. In dem Briefe schrieb dieser die Hauptschuld an dem Diebstahl seinem verhafteten Freunde Zabel zu, der dies jedoch bestreitet. Von dem Gelde konnten bis jetzt 80 000 Mk. wieder herbeigeschafft werden. Zabel dürfte zweifellos einen größeren Geldbetrag verborgen haben.

Weimar, 17. Febr. Infolge der eingetretenen Kohlennot hat der Rektor der Universität Jena im Einvernehmen des Ministeriums den Schluß der Vorlesungen des laufenden Semesters auf den 23. Februar d. J. festgesetzt.

Meiningen in Thüringen, 17. Febr. Ein 30jähriger Knopfmacher durchschnitt in der Nacht seiner Frau im Bett die Kehle mit einem Rasiermesser. Seinen Vater, der dazwischen sprang, verwundete er an beiden Händen. Nach der Tat legte er sich ins Bett neben seine tote Frau. Als Motiv zur Tat nimmt man Eifersucht an.

Berlin, 17. Februar. Vom 15.—31. Januar hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung (einschließlich der Sonderfürsorge bei berufsmäßiger Arbeitslosigkeit) um weitere 176 000 oder 8,6 v. H. zugenommen. Insgesamt gab es Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung rund 2 222 000 Unterstützte. Auch die Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung haben weiter zugenommen als bisher. Ihre Zahl betrug Ende Januar rund 145 000 Personen gegen 138 000 in der Mitte des gleichen Monats.

Berlin, 17. Febr. Der 7 Jahre alte Adoptivsohn eines Markthändlers stürzte sich aus dem Zimmer der im 4. Stockwerk des elterlichen Hauses am Landsbergplatz 2 gelegenen Wohnung aus Furcht vor Strafe auf die Straße. Er wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus überführt, wo er kurz nach der Einlieferung starb.

Bremen, 17. Febr. Die Inseln Wangerog, Norderney und Borkum sind vollständig vom Eise eingeschlossen. Von Wilhelmshaven-Rüstringen aus werden sie durch Flugzeuge mit Lebensmitteln und Post versorgt.

Kiel, 17. Febr. Die beiden Linienschiffe „Schleswig-Holstein" und „Elsaß", die am Samstag erneut ausgelaufen waren, mußten am Nachmittag nach Kiel zurückkehren, da sich ihrem Vordringen unüberwindliche Eisschwierigkeiten entgegenstellten. Wann die Hilfstätigkeit wieder aufgenommen wird, steht noch nicht fest.

Kattowitz, 17. Febr. Großes Aufsehen erregte die Verhaftung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

des polnischen Polizeioberkommissars, Dr. Loz, auf dem Bahnhof in Dzledzitz. Der Oberkommissar hatte eine Kommandierung zu einem Polizeikurs nach Wien zu umfangreichen Schmuggeleien von Oesterreich nach Polen benutzt.

Hemmoor, 17. Febr. Da durch Einfrieren der Kreide- und Tongruben Mangel an Rohstoffen eingetreten ist, mußte die Portlandzementfabrik Hemmoor vorübergehend geschlossen werden. Von der Stillegung werden 500 Arbeiter betroffen.

Lodz, 17. Febr. Hier mußten 51 Fabriken wegen Kohlenmangel stillgelegt werden.

Malmö, 17. Febr. In der Nacht zu heute wütete über Südschweden ein furchtbarer Schneesturm. Der Durchgangsverkehr auf den Hauptlinien von Stockholm und Oslo wurde unterbrochen. Sämtliche D-Züge blieben einige Meilen vor Malmö stecken. Das Fährschiff Trelleborg—Saßnitz mußte ohne Verbindung mit dem übrigen Skandinavien abfahren. Das Fährschiff meldete später, daß es im Eise vor Rügen stecken geblieben ist.

Innsbruck, 16. Febr. In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in die Agentur der Banca Mutua Populare in Villa Lagarina bei Trient und raubten 20 000 Lire in Bargeld und Wertpapiere im Gesamtwert von 123 000 Lire.

Triest, 17. Febr. In der Nähe von Divaggia fuhr eine Lokomotive mit einem Waggon, der Lebensmittel für die Soldaten enthielt, die mit der Beseitigung des Schnees an der Eisenbahnstrecke beschäftigt waren, in eine Gruppe von Soldaten hinein. Zwei Unteroffiziere und ein Mann wurden getötet, zwei Mann verletzt.

Buenos-Aires, 16. Febr. Der durch den Riesenbrand im Dockviertel angerichtete Schaden wird auf eineinhalb Millionen Dollar geschätzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch wurden bei den Löscharbeiten 14 Feuerwehrleute verletzt.

Beratung der Gemeindeordnung.

Stuttgart, 16. Febr. In der heutigen Sitzung des Landtags war der Platz des Vizepräsidenten Andre anläßlich seines 50. Geburtstags mit einem großen Blumenstrauß geziert. Die allgemeine Aussprache zur Gemeindeordnung und zwar zur Frage der Rechtsstellung der Gemeinden, wurde fortgesetzt. Der Abg. Bausch (Chr. Volksd.) bezeichnete die Staatsaufsicht über die Gemeinden als dringend notwendig. Staatspräsident Dr. Bolz bezeichnete die neue Gemeindeordnung in der Hauptsache als eine Kodifikation mit dem Ziele der Zusammenfassung und Neugestaltung dieser Ordnung entsprechend der rechtlichen Wandlung seit der Nachkriegszeit. Die Beamten der Innenverwaltung seien darauf eingestellt, die Gemeinden nicht zu bevormunden, sondern ihnen zu helfen. Der Abg. Heymann (Soz.) betonte, das Selbstverwaltungsrecht erzeuge das Selbstverantwortungsgefühl. Man müsse fragen, mit wem die Regierung die Vorlage durchbringen wolle. Im Bauernbund herrsche ein Sturm der Entrüstung wegen der Entrechtung der Teilgemeinden. Wenn die Regierung die Unterstützung der Sozialdemokratie wolle, dann müsse der Entwurf eine andere Gestalt bekommen. Für die Erwerbung des Gemeindewahlrechts müsse mindestens die Frist von 6 Monaten anstatt des im Ausschuß beschlossenen Jahres wiederhergestellt werden. Die jetzige Fristverlängerung benachteilige die Arbeiter, die oft ihren Wohnsitz wechseln müssen. Damit war die allgemeine Aussprache zu Artikel 1 erledigt, die Abstimmung wurde auf nächste Woche verschoben. Bei Art. 2, der von den Aufgaben der Gemeinden handelt, beantragte der Abg. Heymann (Soz.) folgende Fassung des Abs. 3: Bei der Durchführung reichs- und landesgesetzlicher Bestimmungen wirken die Gemeinden nach Maßgabe der Bestimmungen als Verwaltungsorgane des Reichs oder des Landes mit. Staatspräsident Dr. Bolz wandte sich gegen diesen Antrag mit der Begründung, daß es keine Verbesserung sei, wenn die Gemeinden auch unmittelbar Organe des Reiches werden. Der Abg. Scheef (Dem.) erklärte sich für den Antrag Heymann, da doch niemand daran denke, eine Doppelaufsicht einzuführen. Bei Art. 6 (Aenderung im Bestand der Gemeinden) beantragte der Abg. Heymann (Soz.) eine Bestimmung, wonach bei Eingemeindungen die Genehmigung nur aus Gründen des öffentlichen Wohls versagt werden kann. Staatspräsident Dr. Bolz trat diesem Antrag entgegen, weil er nicht wünschte, daß die Gemeinden in dieser Frage den Verwaltungsgerichtshof anrufen können. Die Entscheidung hierüber müßten Regierung und Landtag haben. Zu Art. 6a (Aenderungen ohne Zustimmung der Beteiligten) beantragte der Abg. Küchle (Ztr.) folgende Bestimmung: Von der beabsichtigten Verfügung ist, sofern es sich hiebei um die Aufhebung der Selbständigkeit einer Gemeinde handelt, dem Landtag mindestens einen Monat vor ihrer Bekanntmachung Kenntnis zu geben. Der Abg. Mößner (Soz.) stellte zum Antrag Heymann folgenden Eventualantrag: Wenn in einer Urabstimmung die Mehrheit der Gemeindebürger einer Gemeinde sich für die Eingemeindung ausspricht, so kann die Genehmigung nur aus Gründen des öffentlichen Wohls versagt werden. Der Abg. Scheef (Dem.) beantragte: Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn offenkundige Schäden für die von der Aenderung betroffenen Gemeinden zu befürchten sind. Ueber diese Anträge gab es eine Aussprache, aber die Abstimmungen wurden auf die nächste Sitzung am Dienstag nachmittag zurückgestellt.

Fastnachtsbetrieb und Kohlenmangel.

Die Abgeordneten Kling und Gen. (Chr. V.D.) haben folgende Kleine Anfrage eingebracht: Zeitungsnachrichten zufolge mußten in den letzten Tagen sämtliche Volks- und Mittelschulen Groß-Stuttgarts im Einverständnis mit der staatlichen Schulverwaltung wegen Kohlenmangels geschlossen werden. Hierdurch wird die Volksbildungsarbeit stark beeinträchtigt. Viele Kinder, insbesondere aus den minderbemittelten Volksschichten sind gezwungen, sich zu Hause in ungeheizten Wohnräumen aufzuhalten, dies zu einer Zeit, in der in den großen, wohlgeheizten Lokalen der Stadt unter Aufwendung von großem Luxus und verschwenderischem Geldverbrauch ein toller Fastnachtsbetrieb tobte. Wie man hört, haben die Saalbesitzer zur Durchführung des Fastnachtsbetriebes die restlichen Kohlenvorräte der Kohlenhandlungen aufgekauft, so daß der Kohlenmangel in den Schulen nicht behoben werden konnte. Wir fragen an: Ist das Kultministerium bereit, unverzüglich durchgreifende Maßnahmen zur Behebung des Kohlenmangels und zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs zu ergreifen?"

Man sollte es nicht glauben!

Berlin, 17. Febr. Der „Lokalanzeiger" veröffentlicht eine ihm von besonderer Seite zugegangene Information, in der es u. a. heißt: Dr. Eckener sei im Januar beim Verkehrsministerium vorstellig geworden, auf dem üblichen Wege die Erlaubnis einzuholen, daß er Ende Februar oder im März mit dem „Graf Zeppelin" eine Fahrt über ägyptisches Gebiet machen dürfe. Der übliche Weg für eine solche Erlaubnis sei zunächst bei der ägyptischen Regierung und dann durch diese bei der englischen Regierung nachzusuchen. Diesen Weg habe aber weder das Verkehrsministerium noch das damit befaßte Auswärtige Amt eingeschlagen, vielmehr sei ein inoffizieller Schritt bei inoffiziellen englischen Stellen unternommen worden, um von dort zu hören, die Fahrt des „Graf Zeppelin" nach Aegypten sei nicht genehm. Auf Anfrage wurde bestätigt, daß in der Tat das von Dr. Eckener gewünschte offizielle Erlaubnisgesuch weder an die englische noch an die ägyptische Regierung gerichtet worden sei. In Kairo sei nach dem Gewährsmann erklärt worden, man würde selbstverständlich ein offizielles deutsches Gesuch sogar mit größter Freude bewilligen, da Aegypten an der Entwicklung der Zeppelinfahrten ganz besonders interessiert sei. Auf Anfrage in Kairo sei auch bestätigt worden, daß ein Erlaubnisgesuch nicht eingegangen sei.

Weniger ist sicherer.

Die Steuerpraktiken der Stadt Berlin erregen immer wieder Kopfschütteln. Jüngst hatte der Zirkus Krone sein Gastspiel abbrechen müssen, da die Steuerbehörde derartige Abgaben verlangte, daß das Unternehmen mit Verlust gearbeitet hätte. Auf gleiche bürokratische Weise hat sich die Stadt nun auch die Einnahmen aus einem Gastspiel des Zirkus Stosch-Sarrassani entgehen lassen. Das Angebot von 500 Mark Steuern erschien der Finanzverwaltung zu gering, so daß die Verhandlungen scheiterten.

Polens Druck auf das Deutschtum.

Warschau, 17. Febr. Die halbamtliche „Epoka" veröffentlicht den vom polnischen Ministerkabinett bestätigten Landaufteilungsplan für das Jahr 1930, sowie die 17 der im Jahre 1929 der Zwangsenteignung unterliegenden Landbesitze. Wie natürlich zu erwarten war, werden die deutschen Gebiete Polens auf das härteste betroffen. So entfallen nach dem Plan für 1930 nicht weniger als 10 000 Hektar auf das Posener und 8000 Hektar auf das Graudenzer Gebiet. Der diesjährigen Zwangsenteignung unterliegen 8288 Hektar Gesamtfläche in den Amtsbezirken Kattowitz, Posen und Graudenz. Aus der Liste geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich bei den Aufteilungen um fast ausschließlich gegen das bodenständige Deutschtum gerichtete chauvinistische Kampfmaßnahmen handelt, denn von den 8288 Hektar entfallen allein 7000 Hektar auf deutschen Besitz. Von insgesamt 34 Landeigentümern sind nicht weniger als 28 Deutsche. Eine nähere Untersuchung ergibt, daß im Kattowitzer Bezirk 339 Hektar, im Posener Bezirk 1305 Hektar und im Graudenzer Bezirk 6080 Hektar deutschen Bodens in diesem Jahre enteignet werden sollen.

Ein Antrag auf Haftentlassung des Abg. Ulitz abgelehnt.

Kattowitz, 17. Febr. Der zuständige Untersuchungsrichter hat den Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Ulitz gegen Kaution abgelehnt. Die polnische Presse wendet sich heute sehr scharf gegen die Wünsche der reichsdeutschen Presse, welche fordert, der Völkerbund möge einen Spezialdelegierten nach Ostoberschlesien zur Untersuchung der deutschen Minderheitsverhältnisse entsenden. Die polnische Presse betrachtet die Entsendung eines solchen Delegierten als eine schwere Verletzung der polnischen Staatsautorität, betont jedoch, daß es etwas anderes wäre, wenn die polnische Regierung selbst an den Völkerbund ein derartiges Ersuchen stellen würde.

Zwischenfall in Paris.

Paris, 17. Febr. Eine Veranstaltung des hiesigen Deutschen Klubs, die am Samstag stattfand, wurde durch einen sehr peinlichen Zwischenfall gestört. Während die Mitglieder dieses Klubs einem Vortrag zuhörten, stürzten plötzlich einige Individuen in den Saal und forderten die Anwesenden auf, in den Ruf: „Es lebe Frankreich" einzustimmen. Als die Deutschen auf diesen herausfordernden Befehl nicht reagierten, kam es zu einer Schlägerei, wobei sich die Franzosen zu Brutalitäten gegenüber einer Dame hinreißen ließen. Die Polizei führte die Eindringlinge und einige Deutsche, die sich als Zeugen angeboten hatten, auf das nächste Polizeikommissariat, wo der Vorfall einfach zu Protokoll genommen wurde.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Mittwoch den 20. Februar**, nachmittags 2 Uhr, verkaufe ich in **Ottenhausen** öffentlich gegen Barzahlung:
1 Spiegelschrank (Hartholz), **1 Plüschdivan, 1 Zimmerbüffet** (eichen), **1 Vertikow** (Hartholz), **1 Nähmaschine**, Marke „Singer", **1 rd. Tisch, 1 Obstmühle.**

Zusammenkunft am Rathaus in Ottenhausen.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Wildbad.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Mittwoch den 20. Februar 1929**, nachmittags 3 Uhr, kommt

1 Ausputzmaschine samt Zubehör für Schuhmacher

zur Versteigerung. Zusammenkunft am Schlachthaus.

Gerichtsvollzieher **Hähle.**

Oberamt Neuenbürg.

Rotensol, Parz. Steinhäusle.

Vergebung von Wasserleitungsarbeiten.

Die erforderlichen **Erd-, Beton- und Maurerarbeiten**, sowie die **Rohrlieferungs- und Verlegungsarbeiten** für den Bau einer neuen Wasserleitung sollen vergeben werden.

Zur Vergebung kommen 986 lfd. m gußeiserne Muffenröhren von 60 mm l. W. mit Zubehörteilen, 2 Hydranten und 520 cbm Erdaushub.

Die Vergebungsunterlagen liegen auf dem Stadtbauamt in Herrenalb zur Einsicht auf. Angebotsvordrucke, die gegen eine Gebühr von 1 Mk. pro Stück abgegeben werden, liegen auf dem Rathause in Rotensol auf.

Die schriftlichen Angebote für Erd- und Maurerarbeiten sowie auch auf Einzelteile unter Angabe der Preise

a) nur für Lieferung der Röhren und Zubehörden und
b) Lieferung samt Verlegen derselben

sind bis **20. Februar 1929**, mittags 12 Uhr beim Schultheißenamt Rotensol mit der Aufschrift „Wasserleitungsarbeiten" einzureichen. Zu gleicher Zeit findet die Eröffnung der Offerten statt, der die Bieter anwohnen können.

Das Schultheißenamt.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Dienstag den 19. Februar**, nachmittags 3 Uhr, kommt in **Bieselsberg** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Ein Klavier.

Zusammenkunft am Rathaus in Bieselsberg.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Kirchensteuer 1928

Die Kirchensteuer ist in ihrem ganzen Betrag verfallen. Die rückständigen Beträge sind bis **spätestens 28. Februar** an Kirchenpfleger Erat zu zahlen, damit nicht zu Zwangsmaßnahmen geschritten werden muß.

Neuenbürg, den 16. Februar 1929.

Evang. Stadtpfarramt.

Oberhausen, 16. Febr. 1929.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Christine Schempf, geb. König,

nach längerem Leiden im Alter von 69 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Gottfried Schempf mit Angehörigen.

Beerdigung Dienstag nachmittag ½3 Uhr.

Gräfenhausen, 17. Febr. 1929.

Todes-Anzeige.

In tiefer Trauer geben wir allen Verwandten und Freunden die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser treubesorgter Vater, Großvater und Bruder

Jakob Keller, Landwirt,

nach kurzer Krankheit unerwartet im Alter von 76½ Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefem Schmerz:
Die Gattin: **Gottliebin Keller,** geb. Becht, **mit Angehörigen.**

Beerdigung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Inserate heben den Umsatz!

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag den 19. Febr., abends 6½ Uhr.

Tagesordnung:
1. Bausachen.
2. Rechnungsabschluß 1926.
3. Rechnungssachen.
4. Besoldungsangelegenheiten.
5. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Evang. Kirchenchor Neuenbürg.

Heute abend 8¼ Uhr

Generalversammlung.

Möglichst vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Konto-Büchlein
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Ihre Vermählung geben bekannt

Richard Rothfuss
Thilde Rothfuss
geb. Frey

Cannstatt — Neuenbürg

Februar 1929.

Haben Sie sich schon angemeldet

zu dem **kostenlosen**

Nähkurs

auf Singer-Nähmaschinen?
Noch ist es Zeit!

Anmeldungen nimmt entgegen

Eugen Wieland, Neuenbürg.

Neuenbürg.
Ein Paar starke

Läufer-schweine

zu verkaufen
Algenstraße 398.

Neuenbürg.

Jung-farren,

13 Monate alt, Ia Zuchtnachweis, zu verkaufen.

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

№ 42.

De

Hamburg, 18. Febr. T
bestritt in einer Versamml
Frage einen Einfluß auf d

Reichsrat

Berlin, 18. Febr. De
eigentlichen Etatsberatung
und des Reichstags, die an
man bereits erledigt. Der
die zweite Rate für den Ba
richtet die „Rote Fahne",
Gegenwart von Otto Bra
schlossen, für diese zweite R
sozialdemokratisch geführte
schweig, Hessen, Mecklenbu
Votum anschließen. Das
sozialdemokratischen Regie
Reichsetat widersprechen,
der Reichsfinanzminister D

Eine Herausfo

Wie aus Asch in Böh
slowakische Postverwaltung
zur Paketbeförderung zwi
Die beiden Städte sind
bunden, und es ist offensich
praktischen Erwägungen a
den entsprungen ist. Die
der Verwirklichung der N
gung erleiden muß, wird
Fall nachbarlicher Unfreun
lungen mit dem tschechisch

V

London, 18. Febr. Ve
herige Stellvertreter des
tisch-Indien, Baron Pleß
Afghanistan gesandt word

Die Haltung der ameri

Paris, 16. Febr. Bo
keines der Mitglieder der
seiner ihrer Sekretäre od
„Matin" erwähnten Bet
Goldmark als Jahresleistu
tet habe. Auf die Frage,
Wünschen entsprechen wü
den Amerikanern suggeri
Nur so viel wurde versich
völlig vorurteilsfrei nach
mit vollster Aufmerksamk
Vertreter angehört habe
Vorschläge von den an d
ten Nationen erstattet
Seite wurde der Bericht
bezeichnet, für den die fra
verantwortlich gemacht w
ausdrücklich zu betonen,
die Franzosen wollen,
„Temps" von heute abend
muß, weil der Verfasser
zu maßgebenden französi
Jahren die Reparationsfr
reich von der gegenwärti
die deutschen Jahreszahl
Höhe von 2½ Milliarden
dieses Jahres an noch ei
kandsindex Deutschlands
lichen könnten, daß Fra
zahle und auch noch gen
dienst seiner inneren Ar
gültige Regelung der Re
der errechnete Betrag a
kehende Pauschale unge
demnach verlangen, dau
fester Jahresleistungen n
Ueber die Zahl der Je
wolle, weiß der „Temps"
zösischen Vertreter im S
artige Forderungen erhe
land unannehmbar.

Englisch

London, 18. Febr.
mächte um den Einfluß
ten hauptsächlich auf die
Krukteuren für den Neuc
triert. Es ist deshalb
die chinesische Nationalre
Frederic Whyte, der in
minister Chamberlain f
rungsdienst in Britisch-
Generalratgebers für di
Diese Stellung würde w
her angestellten fremde
einzelnen Ministerien un
beigegeben wurden.

Aus St

— Der Herr Staa
Veterinärrat Dr. med. v